

Pressespiegel

Resonanz in der Presse zur Übergabe des Endberichts
der AG „Georeferenzierung von Daten“
an das BMBF und BMI am 02.04.2012 in Berlin:

Inhaltsverzeichnis

BMBF: Geodaten besser nutzen	Seite 3
Openbroadcast: Geodaten besser nutzen	Seite 5
Proplanta: Geodaten besser nutzen	Seite 7
Energieportal24: Geodaten besser nutzen	Seite 8
Kommune21: Gutachten zur Georeferenzierung	Seite 11
Industrietreff: Geodaten besser nutzen	Seite 12
Klamm: Geodaten besser nutzen	Seite 14
move Moderne Verwaltung: Gutachten zur Georeferenzierung	Seite 16
BMBF: Geodaten können sehr hilfreich sein	Seite 17
eGovernment Computer: Wissenschaft empfiehlt bundesweit vernetzte, harmonisierte Geodaten	Seite 19
idw: Übergabe des Endberichts der AG „Georeferenzierung von Daten“ des RatSWD an die Bundesregierung	Seite 21
Juraforum: Übergabe des Endberichts der AG „Georeferenzierung von Daten“ des RatSWD an die Bundesregierung	Seite 23
BBSR: Georeferenzierung von Daten	Seite 24
Geobusiness: Endbericht der Arbeitsgruppe "Georeferenzierung von Daten" des RatSWD	Seite 25
IÖR: Endbericht zur Georeferenzierung von Daten	Seite 26
GFA: Endbericht zur Georeferenzierung von Daten vorgelegt	Seite 27
VDV: Georeferenzierung von Daten	Seite 28
Geobranche.de: Die Arbeitsgruppe "Georeferenzierung von Daten" des Rates für Sozial- und Wirtschaftsdaten (RatSWD) hat Ihren Endbericht veröffentlicht	Seite 29



02.04.2012 [Pressemitteilung 036/2012]

Geodaten besser nutzen

Wo steht ein Windrad gut? Wie wirkt sich der Umzug des Berliner Flughafens aus? Gutachten zur Georeferenzierung an BMBF und BMI übergeben.

Wer Standorte für Windräder plant oder die Versorgung mit Breitbandanschlüssen und den Ausbau von Kindertagesstätten, oder wer kontrollieren will, wie sich Umweltbelastungen verringern, ist darauf angewiesen, Daten mit Ortsbezug zu nutzen. Diese sogenannten Geodaten enthalten einerseits Informationen über natürliche, bauliche und soziale Merkmale wie zum Beispiel durchschnittliche Windstärke, Helligkeit bei Nacht, Sozialstruktur, und andererseits exakte geografische Koordinaten oder andere räumliche Angaben wie Postleitzahlbezirke. So werden sich beispielsweise die Auswirkungen der Verlagerung des Berliner Flugverkehrs von Tegel nach Schönefeld mit Hilfe georeferenzierter Daten wissenschaftlich exzellent analysieren lassen. Denn: Viele Statistiken, so etwa der Mikrozensus, das Sozioökonomische Panel oder die Berliner Altersstudie (BASE II) erheben Daten zum Gesundheitszustand und der Lebensqualität der Menschen in Deutschland und in Berlin. Wenn diese Erhebungsdaten georeferenziert werden, kann analysiert werden, welchen Einfluss der wegfallende Fluglärm für Tegel und der neue Fluglärm für Schönefeld haben werden.

Solche Geodaten gibt es für Deutschland in Hülle und Fülle, allerdings mangelt es an einer Harmonisierung und an der Transparenz des Zugangs: sie werden von den unterschiedlichsten öffentlichen und privaten Stellen erhoben und nicht zentral und in einheitlichem Format gesammelt.

Nun hat der Rat für Sozial- und Wirtschaftsdaten eine Bestandsaufnahme zur Georeferenzierung von Daten in Deutschland vorgenommen und Empfehlungen erarbeitet, wie Defizite und Schwachstellen georeferenzierter Daten beseitigt werden und wie Wissenschaft, Politik und Verwaltung dieses Wissenspotenzial besser ausschöpfen können. Den Abschlussbericht übergaben der Vorsitzende Gert G. Wagner und Johann Hahlen als Leiter der interdisziplinären Arbeitsgruppe heute an die Staatssekretärin im Bundesforschungsministerium, Cornelia Quennet-Thielen, und an die Staatssekretärin im Bundesinnenministerium, Cornelia Rogall-Grothe.

"Der Rat für Sozial- und Wirtschaftsdaten hat sich intensiv mit den Potentialen und Verbesserungsmöglichkeiten der Georeferenzierung befasst. Damit bieten sich neue Chancen, die Daten mit Ortsbezug für die Wissenschaft und für die Gestaltung der Zukunft zu nutzen", so Quennet-Thielen. "Gleichzeitig stellen wir sicher, dass der gebotene Datenschutz gewährleistet wird."

Frau Staatssekretärin Rogall- Grothe erklärt hierzu: "Der Abschlussbericht bestätigt die Auffassung der Bundesregierung, dass Geodaten für viele Entscheidungen in Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft eine unverzichtbare Grundlage sind. Qualität und Nutzungsbedingungen werden deshalb durch die Bundesregierung weiter verbessert. Das neue Bundesgeoreferenzdatengesetz oder das in diesem Monat freigeschaltete Geoportal.de sind wichtige Meilensteine auf diesem Weg."

Der vom BMBF geförderte Rat für Sozial- und Wirtschaftsdaten (RatSWD) arbeitet seit gut einem Jahrzehnt erfolgreich am Auf- und Ausbau einer informationellen Infrastruktur insbesondere für die empirische Wirtschafts-, Sozial- und Verhaltensforschung in Deutschland. In seinem Auftrag wurde die vorliegende Bestandsaufnahme im Jahr 2011 von einer interdisziplinären Arbeitsgruppe von 26 Experten aus Geographie, Geodäsie, Geoinstituten, Vermessungsverwaltung, Datenschutz, amtlicher Statistik und von kommerziellen Anbietern sowie Nutzern von Geodaten vorgenommen.

Auf dieser Basis empfiehlt der Rat unter anderem, den Datenschutz bei der Georeferenzierung von Daten klarer zu regeln. Für ausschließlich private und wissenschaftliche Nutzung sollten öffentlich finanzierte Geodaten kostenlos oder nur zu den Bereitstellungskosten zur Verfügung gestellt werden. Es sind einfache standardisierte Lizenzbedingungen nötig. Zu dem ständig wachsenden und nicht mehr übersehbaren Bestand an Geodaten muss Transparenz geschaffen werden, damit private Nutzer, Behörden und Wissenschaftler sehen, wo welche Geodaten wie verfügbar sind.

Der Bericht ist unter <http://www.ratswd.de/Geodaten/index.php> verfügbar.

Weitere Informationen gibt Ihnen gerne die Geschäftsstelle des Rats für Sozial- und Wirtschaftsdaten:

Ansprechpartner:

Denis Huschka, MA

Tel. 030/89789-463

Fax 030/89789-263

E-Mail: dhuschka@ratswd.de

Geodaten besser nutzen

(<http://www.openbroadcast.de/article/190941/geodaten-besser-nutzen.html>)

Veröffentlicht von: [Bundesministerium für Bildung und Forschung \(BMBF\)](#)

Veröffentlicht am: 02.04.2012 15:08

Rubrik: [Recht & Politik](#)

(Presseportal openBroadcast) -

Berlin (pressrelations) - Geodaten besser nutzen

Wo steht ein Windrad gut? Wie wirkt sich der Umzug des Berliner Flughafens aus? Gutachten zur Georeferenzierung an BMBF und BMI übergeben.

Wer Standorte für Windräder plant oder die Versorgung mit Breitbandanschlüssen und den Ausbau von Kindertagesstätten, oder wer kontrollieren will, wie sich Umweltbelastungen verringern, ist darauf angewiesen, Daten mit Ortsbezug zu nutzen. Diese sogenannten Geodaten enthalten einerseits Informationen über natürliche, bauliche und soziale Merkmale wie zum Beispiel durchschnittliche Windstärke, Helligkeit bei Nacht, Sozialstruktur, und andererseits exakte geografische Koordinaten oder andere räumliche Angaben wie Postleitzahlbezirke. So werden sich beispielsweise die Auswirkungen der Verlagerung des Berliner Flugverkehrs von Tegel nach Schönefeld mit Hilfe georeferenzierter Daten wissenschaftlich exzellent analysieren lassen. Denn: Viele Statistiken, so etwa der Mikrozensus, das Sozioökonomische Panel oder die Berliner Altersstudie (BASE II) erheben Daten zum Gesundheitszustand und der Lebensqualität der Menschen in Deutschland und in Berlin. Wenn diese Erhebungsdaten georeferenziert werden, kann analysiert werden, welchen Einfluss der wegfallende Fluglärm für Tegel und der neue Fluglärm für Schönefeld haben werden.

Solche Geodaten gibt es für Deutschland in Hülle und Fülle, allerdings mangelt es an einer Harmonisierung und an der Transparenz des Zugangs: sie werden von den unterschiedlichsten öffentlichen und privaten Stellen erhoben und nicht zentral und in einheitlichem Format gesammelt.

Nun hat der Rat für Sozial- und Wirtschaftsdaten eine Bestandsaufnahme zur Georeferenzierung von Daten in Deutschland vorgenommen und Empfehlungen erarbeitet, wie Defizite und Schwachstellen georeferenzierter Daten beseitigt werden und wie Wissenschaft, Politik und Verwaltung dieses Wissenspotenzial besser ausschöpfen können. Den Abschlussbericht übergaben der Vorsitzende Gert G. Wagner und Johann Hahlen als Leiter der interdisziplinären Arbeitsgruppe heute an die Staatssekretärin im Bundesforschungsministerium, Cornelia Quennet-Thielen, und an die Staatssekretärin im Bundesinnenministerium, Cornelia Rogall-Grothe.

"Der Rat für Sozial- und Wirtschaftsdaten hat sich intensiv mit den Potentialen und Verbesserungsmöglichkeiten der Georeferenzierung befasst. Damit bieten sich neue Chancen, die Daten mit Ortsbezug für die Wissenschaft und für die Gestaltung der Zukunft zu nutzen",

so Quennet-Thielen. "Gleichzeitig stellen wir sicher, dass der gebotene Datenschutz gewährleistet wird."

Frau Staatssekretärin Rogall- Grothe erklärt hierzu: "Der Abschlussbericht bestätigt die Auffassung der Bundesregierung, dass Geodaten für viele Entscheidungen in Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft eine unverzichtbare Grundlage sind. Qualität und Nutzungsbedingungen werden deshalb durch die Bundesregierung weiter verbessert. Das neue Bundesgeoreferenzdatengesetz oder das in diesem Monat freigeschaltete Geoportal.de sind wichtige Meilensteine auf diesem Weg."

Der vom BMBF geförderte Rat für Sozial- und Wirtschaftsdaten (RatSWD) arbeitet seit gut einem Jahrzehnt erfolgreich am Auf- und Ausbau einer informationellen Infrastruktur insbesondere für die empirische Wirtschafts-, Sozial- und Verhaltensforschung in Deutschland. In seinem Auftrag wurde die vorliegende Bestandsaufnahme im Jahr 2011 von einer interdisziplinären Arbeitsgruppe von 26 Experten aus Geographie, Geodäsie, Geoinstituten, Vermessungsverwaltung, Datenschutz, amtlicher Statistik und von kommerziellen Anbietern sowie Nutzern von Geodaten vorgenommen.

Auf dieser Basis empfiehlt der Rat unter anderem, den Datenschutz bei der Georeferenzierung von Daten klarer zu regeln. Für ausschließlich private und wissenschaftliche Nutzung sollten öffentlich finanzierte Geodaten kostenlos oder nur zu den Bereitstellungskosten zur Verfügung gestellt werden. Es sind einfache standardisierte Lizenzbedingungen nötig. Zu dem ständig wachsenden und nicht mehr übersehbaren Bestand an Geodaten muss Transparenz geschaffen werden, damit private Nutzer, Behörden und Wissenschaftler sehen, wo welche Geodaten wie verfügbar sind.

Der Bericht ist unter <http://www.ratswd.de/Geodaten/index.phpverfü;gbar>.

Weitere Informationen gibt Ihnen gerne die Geschäftsstelle des Rats für Sozial- und Wirtschaftsdaten:

Ansprechpartner:

Denis Huschka, MA

Tel. 030/89789-463

Fax 030/89789-263

E-Mail: dhuschka@ratswd.de

Quelle:

http://www.pressrelations.de/new/standard/result_main.cfm?r=489561&aktion=jour_pm

Geodaten besser nutzen

(http://www.proplanta.de/Agrar-Nachrichten/Umwelt/Geodaten-besser-nutzen_article1333441061.html)

Berlin - Wer Standorte für Windräder plant oder die Versorgung mit Breitbandanschlüssen und den Ausbau von Kindertagesstätten, oder wer kontrollieren will, wie sich Umweltbelastungen verringern, ist darauf angewiesen, Daten mit Ortsbezug zu nutzen.

Diese sogenannten Geodaten enthalten einerseits Informationen über natürliche, bauliche und soziale Merkmale wie zum Beispiel durchschnittliche Windstärke, Helligkeit bei Nacht, Sozialstruktur, und andererseits exakte geografische Koordinaten oder andere räumliche Angaben wie Postleitzahlbezirke. So werden sich beispielsweise die Auswirkungen der Verlagerung des Berliner Flugverkehrs von Tegel nach Schönefeld mit Hilfe georeferenzierter Daten wissenschaftlich exzellent analysieren lassen.

Denn: Viele Statistiken, so etwa der Mikrozensus, das Sozioökonomische Panel oder die Berliner Altersstudie (BASE II) erheben Daten zum Gesundheitszustand und der Lebensqualität der Menschen in Deutschland und in Berlin. Wenn diese Erhebungsdaten georeferenziert werden, kann analysiert werden, welchen Einfluss der wegfallende Fluglärm für Tegel und der neue Fluglärm für Schönefeld haben werden.

Solche Geodaten gibt es für Deutschland in Hülle und Fülle, allerdings mangelt es an einer Harmonisierung und an der Transparenz des Zugangs: sie werden von den unterschiedlichsten öffentlichen und privaten Stellen erhoben und nicht zentral und in einheitlichem Format gesammelt.

Nun hat der Rat für Sozial- und Wirtschaftsdaten eine Bestandsaufnahme zur Georeferenzierung von Daten in Deutschland vorgenommen und Empfehlungen erarbeitet, wie Defizite und Schwachstellen georeferenzierter Daten beseitigt werden und wie Wissenschaft, Politik und Verwaltung dieses Wissenspotenzial besser ausschöpfen können. Den Abschlussbericht übergaben der Vorsitzende Gert G. Wagner und Johann Hahlen als Leiter der interdisziplinären Arbeitsgruppe heute an die Staatssekretärin im Bundesforschungsministerium, Cornelia Quennet-Thielen, und an die Staatssekretärin im Bundesinnenministerium, Cornelia Rogall-Grothe.

"Der Rat für Sozial- und Wirtschaftsdaten hat sich intensiv mit den Potentialen und Verbesserungsmöglichkeiten der Georeferenzierung befasst. Damit bieten sich neue Chancen, die Daten mit Ortsbezug für die Wissenschaft und für die Gestaltung der Zukunft zu nutzen", so Quennet-Thielen. "Gleichzeitig stellen wir sicher, dass der gebotene Datenschutz gewährleistet wird."

Frau Staatssekretärin Rogall- Grothe erklärt hierzu: "Der Abschlussbericht bestätigt die Auffassung der Bundesregierung, dass Geodaten für viele Entscheidungen in Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft eine unverzichtbare Grundlage sind. Qualität und Nutzungsbedingungen werden deshalb durch die Bundesregierung weiter verbessert. Das neue Bundesgeoreferenzdatengesetz oder das in diesem Monat freigeschaltete Geoportal.de sind wichtige Meilensteine auf diesem Weg."

Der vom BMBF geförderte Rat für Sozial- und Wirtschaftsdaten (RatSWD) arbeitet seit gut einem Jahrzehnt erfolgreich am Auf- und Ausbau einer informationellen Infrastruktur insbesondere für die empirische Wirtschafts-, Sozial- und Verhaltensforschung in Deutschland. In seinem Auftrag wurde die vorliegende Bestandsaufnahme im Jahr 2011 von einer interdisziplinären Arbeitsgruppe von 26 Experten aus Geographie, Geodäsie, Geoinstituten, Vermessungsverwaltung, Datenschutz, amtlicher Statistik und von kommerziellen Anbietern sowie Nutzern von Geodaten vorgenommen.

Auf dieser Basis empfiehlt der Rat unter anderem, den Datenschutz bei der Georeferenzierung von Daten klarer zu regeln. Für ausschließlich private und wissenschaftliche Nutzung sollten öffentlich finanzierte Geodaten kostenlos oder nur zu den Bereitstellungskosten zur Verfügung gestellt werden. Es sind einfache standardisierte Lizenzbedingungen nötig. Zu dem ständig wachsenden und nicht mehr übersehbaren Bestand an Geodaten muss Transparenz geschaffen werden, damit private Nutzer, Behörden und Wissenschaftler sehen, wo welche Geodaten wie verfügbar sind. (bmbf)

PRESSEMELDUNG

(http://www.energieportal24.de/pn_230886.htm)

Geodaten besser nutzen

Wo steht ein Windrad gut? Wie wirkt sich der Umzug des Berliner Flughafens aus? Gutachten zur Georeferenzierung an BMBF und BMI übergeben.

Wer Standorte für Windräder plant oder die Versorgung mit Breitbandanschlüssen und den Ausbau von Kindertagesstätten, oder wer kontrollieren will, wie sich Umweltbelastungen verringern, ist darauf angewiesen, Daten mit Ortsbezug zu nutzen. Diese sogenannten Geodaten enthalten einerseits Informationen über natürliche, bauliche und soziale Merkmale wie zum Beispiel durchschnittliche Windstärke, Helligkeit bei Nacht, Sozialstruktur, und andererseits exakte geografische Koordinaten oder andere räumliche Angaben wie Postleitzahlbezirke. So werden sich beispielsweise die Auswirkungen der Verlagerung des Berliner Flugverkehrs von Tegel nach Schönefeld mit Hilfe georeferenzierter Daten wissenschaftlich exzellent analysieren lassen. Denn: Viele Statistiken, so etwa der Mikrozensus, das Sozioökonomische Panel oder die Berliner Altersstudie (BASE II) erheben Daten zum Gesundheitszustand und der Lebensqualität der Menschen in Deutschland und in Berlin. Wenn diese Erhebungsdaten georeferenziert werden, kann analysiert werden, welchen Einfluss der wegfallende Fluglärm für Tegel und der neue Fluglärm für Schönefeld haben werden. Solche Geodaten gibt es für Deutschland in Hülle und Fülle, allerdings mangelt es an einer Harmonisierung und an der Transparenz des Zugangs: sie werden von den unterschiedlichsten öffentlichen und privaten Stellen erhoben und nicht zentral und in einheitlichem Format gesammelt.

Nun hat der Rat für Sozial- und Wirtschaftsdaten eine Bestandsaufnahme zur Georeferenzierung von Daten in Deutschland vorgenommen und Empfehlungen erarbeitet, wie Defizite und Schwachstellen georeferenzierter Daten beseitigt werden und wie Wissenschaft, Politik und Verwaltung dieses Wissenspotenzial besser ausschöpfen können. Den Abschlussbericht übergaben der Vorsitzende Gert G. Wagner und Johann Hahlen als Leiter der interdisziplinären Arbeitsgruppe heute an die Staatssekretärin im Bundesforschungsministerium, Cornelia Quennet-Thielen, und an die Staatssekretärin im Bundesinnenministerium, Cornelia Rogall-Grothe. "Der Rat für Sozial- und Wirtschaftsdaten hat sich intensiv mit den Potentialen und Verbesserungsmöglichkeiten der Georeferenzierung befasst. Damit bieten sich neue Chancen, die Daten mit Ortsbezug für die Wissenschaft und für die Gestaltung der Zukunft zu nutzen", so Quennet-Thielen. "Gleichzeitig stellen wir sicher, dass der gebotene Datenschutz gewährleistet wird."

Frau Staatssekretärin Rogall-Grothe erklärt hierzu: "Der Abschlussbericht bestätigt die Auffassung der Bundesregierung, dass Geodaten für viele Entscheidungen in Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft eine unverzichtbare Grundlage sind. Qualität und Nutzungsbedingungen werden deshalb durch die Bundesregierung weiter verbessert. Das neue Bundesgeoreferenzdatengesetz oder das in diesem Monat freigeschaltete Geoportal.de sind wichtige Meilensteine auf diesem Weg."

Der vom BMBF geförderte Rat für Sozial- und Wirtschaftsdaten (RatSWD) arbeitet seit gut einem Jahrzehnt erfolgreich

am Auf- und Ausbau einer informationellen Infrastruktur insbesondere für die empirische Wirtschafts-, Sozial- und Verhaltensforschung in Deutschland. In seinem Auftrag wurde die vorliegende Bestandsaufnahme im Jahr 2011 von einer interdisziplinären Arbeitsgruppe von 26 Experten aus Geographie, Geodäsie, Geoinstituten, Vermessungsverwaltung, Datenschutz, amtlicher Statistik und von kommerziellen Anbietern sowie Nutzern von Geodaten vorgenommen.

Auf dieser Basis empfiehlt der Rat unter anderem, den Datenschutz bei der Georeferenzierung von Daten klarer zu regeln. Für ausschließlich private und wissenschaftliche Nutzung sollten öffentlich finanzierte Geodaten kostenlos oder nur zu den Bereitstellungskosten zur Verfügung gestellt werden. Es sind einfache standardisierte Lizenzbedingungen nötig. Zu dem ständig wachsenden und nicht mehr übersehbaren Bestand an Geodaten muss Transparenz geschaffen werden, damit private Nutzer, Behörden und Wissenschaftler sehen, wo welche Geodaten wie verfügbar sind.

Der Bericht ist unter <http://www.ratswd.de/Geodaten/index.php> verfügbar. />

[Weitere Informationen gibt Ihnen gerne die Geschäftsstelle des Rats für Sozial- und Wirtschaftsdaten:](#)

[Ansprechpartner:](#)

[Denis Huschka, MA](#)

Tel. 030/89789-463
Fax 030/89789-263
E-Mail: [dhuschka\[at\]ratswd.de](mailto:dhuschka[at]ratswd.de)

Berlin - Veröffentlicht von [pressrelations](#)

Gutachten zur Georeferenzierung

(http://www.kommune21.de/meldung_13548_Gutachten+zur+Georeferenzierung.pdf)

[3.4.2012] Mit den Potenzialen und Verbesserungsmöglichkeiten der Georeferenzierung hat sich der Rat für Sozial- und Wirtschaftsdaten befasst. Der jetzt vorgestellte Abschlussbericht gibt zudem Anstöße, wie Wissenschaft, Politik und Verwaltung Geodaten künftig besser nutzen können.

Wer Standorte für Windräder, die Versorgung mit Breitbandanschlüssen oder den Ausbau von Kindertagesstätten plant, ist darauf angewiesen, Daten mit Ortsbezug zu nutzen. Zwar stehen zahlreiche solcher Geodaten für Deutschland zur Verfügung, allerdings mangelt es an einer Harmonisierung und an der Transparenz des Zugangs. Die Daten werden von den unterschiedlichsten öffentlichen und privaten Stellen erhoben und nicht zentral und in einheitlichem Format gesammelt. Der Rat für Sozial- und Wirtschaftsdaten hat daher im Auftrag von Bundesforschungs- und Bundesinnenministerium eine Bestandsaufnahme zur Georeferenzierung von Daten in Deutschland vorgenommen. Dabei wurden auch Empfehlungen erarbeitet, wie Defizite und Schwachstellen beseitigt werden und Wissenschaft, Politik und Verwaltung das Wissenspotenzial von Geodaten künftig besser ausschöpfen können.

Der Abschlussbericht wurde jetzt an die beiden Ministerien übergeben. „Damit bieten sich neue Chancen, Daten mit Ortsbezug für die Wissenschaft und für die Gestaltung der Zukunft zu nutzen“, erklärt Cornelia Quennet-Thielen, Staatssekretärin im Bundesforschungsministerium. Bundes-CIO Cornelia Rogall-Grothe ergänzt: „Der Abschlussbericht bestätigt die Auffassung der Bundesregierung, dass Geodaten für viele Entscheidungen in Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft eine unverzichtbare Grundlage sind. Qualität und Nutzungsbedingungen werden deshalb durch die Bundesregierung weiter verbessert. Das neue Bundesgeoreferenzdatengesetz oder das in diesem Monat freigeschaltete Geoportal.de sind wichtige Meilensteine auf diesem Weg.“

(bs)

Der Bericht zum Download (Deep Link)

www.bmi.bund.de

www.bmbf.de

Stichwörter: Geodaten-Management, Bundesministerium des Innern (BMI), Cornelia Rogall-Grothe, Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF)

Geodaten besser nutzen

Wo steht ein Windrad gut? Wie wirkt sich der Umzug des Berliner Flughafens aus? Gutachten zur Georeferenzierung an BMBF und BMI übergeben

(industrietreff) - Wer Standorte für Windräder plant oder die Versorgung mit Breitbandanschlüssen und den Ausbau von Kindertagesstätten, oder wer kontrollieren will, wie sich Umweltbelastungen verringern, ist darauf angewiesen, Daten mit Ortsbezug zu nutzen. Diese sogenannten Geodaten enthalten einerseits Informationen über natürliche, bauliche und soziale Merkmale wie zum Beispiel durchschnittliche Windstärke, Helligkeit bei Nacht, Sozialstruktur, und andererseits exakte geografische Koordinaten oder andere räumliche Angaben wie Postleitzahlbezirke. So werden sich beispielsweise die Auswirkungen der Verlagerung des Berliner Flugverkehrs von Tegel nach Schönefeld mit Hilfe georeferenzierter Daten wissenschaftlich exzellent analysieren lassen. Denn: Viele Statistiken, so etwa der Mikrozensus, das Sozioökonomische Panel oder die Berliner Altersstudie (BASE II) erheben Daten zum Gesundheitszustand und der Lebensqualität der Menschen in Deutschland und in Berlin. Wenn diese Erhebungsdaten georeferenziert werden, kann analysiert werden, welchen Einfluss der wegfallende Fluglärm für Tegel und der neue Fluglärm für Schönefeld haben werden.

Solche Geodaten gibt es für Deutschland in Hülle und Fülle, allerdings mangelt es an einer Harmonisierung und an der Transparenz des Zugangs: sie werden von den unterschiedlichsten öffentlichen und privaten Stellen erhoben und nicht zentral und in einheitlichem Format gesammelt.

Nun hat der Rat für Sozial- und Wirtschaftsdaten eine Bestandsaufnahme zur Georeferenzierung von Daten in Deutschland vorgenommen und Empfehlungen erarbeitet, wie Defizite und Schwachstellen georeferenzierter Daten beseitigt werden und wie Wissenschaft, Politik und Verwaltung dieses Wissenspotenzial besser ausschöpfen können. Den Abschlussbericht übergaben der Vorsitzende Gert G. Wagner und Johann Hahlen als Leiter der interdisziplinären Arbeitsgruppe heute an die Staatssekretärin im Bundesforschungsministerium, Cornelia Quennet-Thielen, und an die Staatssekretärin im Bundesinnenministerium, Cornelia Rogall-Grothe.

"Der Rat für Sozial- und Wirtschaftsdaten hat sich intensiv mit den Potentialen und Verbesserungsmöglichkeiten der Georeferenzierung befasst. Damit bieten sich neue Chancen, die Daten mit Ortsbezug für die Wissenschaft und für die Gestaltung der Zukunft zu nutzen, so Quennet-Thielen. "Gleichzeitig stellen wir sicher, dass der gebotene Datenschutz gewährleistet wird.

Frau Staatssekretärin Rogall- Grothe erklärt hierzu: Der Abschlussbericht bestätigt die Auffassung der Bundesregierung, dass Geodaten für viele Entscheidungen in Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft eine unverzichtbare Grundlage sind. Qualität und Nutzungsbedingungen werden deshalb durch die Bundesregierung weiter verbessert. Das neue Bundesgeoreferenzdatengesetz oder das in diesem Monat freigeschaltete Geoportal.de sind wichtige Meilensteine auf diesem Weg.

Der vom BMBF geförderte Rat für Sozial- und Wirtschaftsdaten (RatSWD) arbeitet seit gut einem Jahrzehnt erfolgreich am Auf- und Ausbau einer informationellen Infrastruktur insbesondere für die empirische Wirtschafts-, Sozial- und Verhaltensforschung in Deutschland. In seinem Auftrag wurde die vorliegende Bestandsaufnahme im Jahr 2011 von einer interdisziplinären Arbeitsgruppe von 26 Experten aus Geographie, Geodäsie, Geoinstituten, Vermessungsverwaltung, Datenschutz, amtlicher Statistik und von kommerziellen Anbietern sowie Nutzern von Geodaten vorgenommen.

Auf dieser Basis empfiehlt der Rat unter anderem, den Datenschutz bei der Georeferenzierung von Daten klarer zu regeln. Für ausschließlich private und wissenschaftliche Nutzung sollten öffentlich finanzierte Geodaten kostenlos oder nur zu den Bereitstellungskosten zur Verfügung gestellt werden. Es sind einfache standardisierte Lizenzbedingungen nötig. Zu dem ständig wachsenden und nicht mehr übersehbaren Bestand an Geodaten muss Transparenz geschaffen werden, damit private Nutzer, Behörden und Wissenschaftler sehen, wo welche Geodaten wie verfügbar sind.

Geodaten besser nutzen

(http://www.klamm.de/partner/unter_news.php?l_id=19&news_id=302180)

Wo steht ein Windrad gut? Wie wirkt sich der Umzug des Berliner Flughafens aus? Gutachten zur Georeferenzierung an BMBF und BMI übergeben ---

(lifer) Berlin, 02.04.2012 - Wer Standorte für Windräder plant oder die Versorgung mit Breitbandanschlüssen und den Ausbau von Kindertagesstätten, oder wer kontrollieren will, wie sich Umweltbelastungen verringern, ist darauf angewiesen, Daten mit Ortsbezug zu nutzen. Diese sogenannten Geodaten enthalten einerseits Informationen über natürliche, bauliche und soziale Merkmale wie zum Beispiel durchschnittliche Windstärke, Helligkeit bei Nacht, Sozialstruktur, und andererseits exakte geografische Koordinaten oder andere räumliche Angaben wie Postleitzahlbezirke. So werden sich beispielsweise die Auswirkungen der Verlagerung des Berliner Flugverkehrs von Tegel nach Schönefeld mit Hilfe georeferenzierter Daten wissenschaftlich exzellent analysieren lassen. Denn: Viele Statistiken, so etwa der Mikrozensus, das Sozioökonomische Panel oder die Berliner Altersstudie (BASE II) erheben Daten zum Gesundheitszustand und der Lebensqualität der Menschen in Deutschland und in Berlin. Wenn diese Erhebungsdaten georeferenziert werden, kann analysiert werden, welchen Einfluss der wegfallende Fluglärm für Tegel und der neue Fluglärm für Schönefeld haben werden.

Solche Geodaten gibt es für Deutschland in Hülle und Fülle, allerdings mangelt es an einer Harmonisierung und an der Transparenz des Zugangs: sie werden von den unterschiedlichsten öffentlichen und privaten Stellen erhoben und nicht zentral und in einheitlichem Format gesammelt.

Nun hat der Rat für Sozial- und Wirtschaftsdaten eine Bestandsaufnahme zur Georeferenzierung von Daten in Deutschland vorgenommen und Empfehlungen erarbeitet, wie Defizite und Schwachstellen georeferenzierter Daten beseitigt werden und wie Wissenschaft, Politik und Verwaltung dieses Wissenspotenzial besser ausschöpfen können. Den Abschlussbericht übergaben der Vorsitzende Gert G. Wagner und Johann Hahlen als Leiter der interdisziplinären Arbeitsgruppe heute an die Staatssekretärin im Bundesforschungsministerium, Cornelia Quennet-Thielen, und an die Staatssekretärin im Bundesinnenministerium, Cornelia Rogall-Grothe.

"Der Rat für Sozial- und Wirtschaftsdaten hat sich intensiv mit den Potentialen und Verbesserungsmöglichkeiten der Georeferenzierung befasst. Damit bieten sich neue Chancen, die Daten mit Ortsbezug für die Wissenschaft und für die Gestaltung der Zukunft zu nutzen, so Quennet-Thielen. "Gleichzeitig stellen wir sicher, dass der gebotene Datenschutz gewährleistet wird.

Frau Staatssekretärin Rogall- Grothe erklärt hierzu: Der Abschlussbericht bestätigt die Auffassung der Bundesregierung, dass Geodaten für viele Entscheidungen in Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft eine unverzichtbare Grundlage sind. Qualität und Nutzungsbedingungen werden deshalb durch die Bundesregierung weiter verbessert. Das neue Bundesgeoreferenzdatengesetz oder das in diesem Monat freigeschaltete Geoportal.de sind wichtige Meilensteine auf diesem Weg.

Der vom BMBF geförderte Rat für Sozial- und Wirtschaftsdaten (RatSWD) arbeitet seit gut einem Jahrzehnt erfolgreich am Auf- und Ausbau einer informationellen Infrastruktur insbesondere für die empirische Wirtschafts-, Sozial- und Verhaltensforschung in

Deutschland. In seinem Auftrag wurde die vorliegende Bestandsaufnahme im Jahr 2011 von einer interdisziplinären Arbeitsgruppe von 26 Experten aus Geographie, Geodäsie, Geoinstituten, Vermessungsverwaltung, Datenschutz, amtlicher Statistik und von kommerziellen Anbietern sowie Nutzern von Geodaten vorgenommen.

Auf dieser Basis empfiehlt der Rat unter anderem, den Datenschutz bei der Georeferenzierung von Daten klarer zu regeln. Für ausschließlich private und wissenschaftliche Nutzung sollten öffentlich finanzierte Geodaten kostenlos oder nur zu den Bereitstellungskosten zur Verfügung gestellt werden. Es sind einfache standardisierte Lizenzbedingungen nötig. Zu dem ständig wachsenden und nicht mehr übersehbaren Bestand an Geodaten muss Transparenz geschaffen werden, damit private Nutzer, Behörden und Wissenschaftler sehen, wo welche Geodaten wie verfügbar sind.

Gutachten zur Georeferenzierung

(<http://www.move-online.de/index.php?schrift=1&modus=g&menu=1&page=meldungen&data=13548>)

[3.4.2012] Mit den Potenzialen und Verbesserungsmöglichkeiten der Georeferenzierung hat sich der Rat für Sozial- und Wirtschaftsdaten befasst. Der jetzt vorgestellte Abschlussbericht gibt zudem Anstöße, wie Wissenschaft, Politik und Verwaltung Geodaten künftig besser nutzen können.

Wer Standorte für Windräder, die Versorgung mit Breitband-Anschlüssen oder den Ausbau von Kindertagesstätten plant, ist darauf angewiesen, Daten mit Ortsbezug zu nutzen. Zwar stehen zahlreiche solcher Geodaten für Deutschland zur Verfügung, allerdings mangelt es an einer Harmonisierung und an der Transparenz des Zugangs. Die Daten werden von den unterschiedlichsten öffentlichen und privaten Stellen erhoben und nicht zentral und in einheitlichem Format gesammelt. Der Rat für Sozial- und Wirtschaftsdaten hat daher im Auftrag von Bundesforschungs- und Bundesinnenministerium eine Bestandsaufnahme zur Georeferenzierung von Daten in Deutschland vorgenommen. Dabei wurden auch Empfehlungen erarbeitet, wie Defizite und Schwachstellen beseitigt werden und Wissenschaft, Politik und Verwaltung das Wissenspotenzial von Geodaten künftig besser ausschöpfen können. Der Abschlussbericht wurde jetzt an die beiden Ministerien übergeben. „Damit bieten sich neue Chancen, Daten mit Ortsbezug für die Wissenschaft und für die Gestaltung der Zukunft zu nutzen“, erklärt Cornelia Quennet-Thielen, Staatssekretärin im Bundesforschungsministerium. Bundes-CIO Cornelia Rogall-Grothe ergänzt: „Der Abschlussbericht bestätigt die Auffassung der Bundesregierung, dass Geodaten für viele Entscheidungen in Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft eine unverzichtbare Grundlage sind. Qualität und Nutzungsbedingungen werden deshalb durch die Bundesregierung weiter verbessert. Das neue Bundesgeoreferenzdatengesetz oder das in diesem Monat freigeschaltete Geoportal.de sind wichtige Meilensteine auf diesem Weg.“ (bs)

Weitere Informationen:

||| [Der Bericht zum Download](#)

||| www.bmi.bund.de

||| www.bmbf.de



"Geodaten können sehr hilfreich sein"

(<http://www.bmbf.de/de/18540.php>)

Neue Chancen nicht nur für die Wissenschaft, sondern auch für den Alltag sieht BMBF-Staatssekretärin Cornelia Quennet-Thielen in der Georeferenzierung, der Zuweisung raumbezogener Informationen zu einem Datensatz.

Frau Quennet-Thielen, seit der Einführung von Googles "Street View" wird über Geodaten und ihre Erhebung diskutiert. Worum geht es?

Quennet-Thielen: Geodaten sind Daten, die auf kleine Räume bezogen sind: Das kann eine Gemeinde sein, ein Postleitzahlbezirk oder eine Straße. Gemeint sind Angaben über Temperatur, Helligkeit bei Nacht, Lärm, Versiegelungsgrad des Bodens, Bebauungstypus oder Sozialstruktur. Sie lassen sich verbinden mit Daten zu Bildungsabschlüssen oder zur Kaufkraft. Georeferenzierung ist die Kunst, aus vorhandenen Daten mehr zu machen, indem man sie auf geeignete Weise räumlich aufeinander bezieht. Das kann sehr hilfreich sein.

Haben Sie ein Beispiel?

Quennet-Thielen: Der Mikrozensus oder das Sozioökonomische Panel erheben beispielsweise Daten zum Gesundheitszustand und der Lebensqualität der Menschen in Deutschland und in Berlin. Wenn diese Daten georeferenziert werden, kann untersucht werden, welche Auswirkungen die Verlagerung des Berliner Flugverkehrs von Tegel nach Schönefeld hat. Andere Beispiele sind die Einsatzplanung der Feuerwehr oder die Standortsuche für Windkraftträder. Daten mit Ortsbezug bieten neue Chancen nicht nur für die Wissenschaft, sondern insbesondere für unseren gesamten Alltag. Sie sind unverzichtbar, wenn es um die Grundlagenforschung zur Nachhaltigkeit geht oder um Gesundheitsprävention und die Bewältigung des demografischen Wandels. Der Rat für Sozial- und Wirtschaftsdaten - in dem sich Fachleute aus Geografie, Geodäsie, amtlicher Statistik und Datenschutz zu einer Arbeitsgruppe zusammengetan haben - hat jetzt eine Bestandsaufnahme zur Georeferenzierung vorgenommen und Empfehlungen erarbeitet.

Was schlagen die Experten vor?

Quennet-Thielen: Die vorhandenen Datensätze wachsen ständig. Die Daten sind verstreut bei den unterschiedlichsten öffentlichen und privaten Stellen, angefangen bei den Vermessungs-Verwaltungen der Länder bis zu Firmen für Geomarketing. Hohe Kosten und komplizierte Lizenzregeln kommen als Hindernisse hinzu. Zudem sind die Fachdaten der amtlichen Statistik, anders als in vielen anderen Staaten, bislang nicht kleinräumig auswertbar, das heißt, sie dürfen nicht georeferenziert werden. Es mangelt an einer Harmonisierung und an der Transparenz des Zugangs. Der Wissenschaft entgehen damit viele Möglichkeiten. Der vom BMBF geförderte Rat für Sozial- und Wirtschaftsdaten fordert darum, den Zugang zu den Daten zu verbessern.

Gibt es weitere Empfehlungen?

Quennet-Thielen: Die Experten fordern, dass öffentlich finanzierte Geodaten für die private und für die wissenschaftliche Nutzung kostenlos zur Verfügung gestellt werden. Alle Bürger sollten Zugang zu einer Geodatenbank erhalten, damit aus Daten Informationen werden, die ihnen nutzen. Das ist auch der Grund, warum es besser wäre, die vielfältigen, ganz unterschiedlich strukturierten Datensätze zu harmonisieren. Schließlich entsteht durch die Verknüpfung der Daten neues, kostbares Wissen. Das soeben von Bundestag und Bundesrat verabschiedete Bundesgeoreferenzdatengesetz schafft dafür eine wichtige Voraussetzung. Denn die in der Produktion und vor allem in der Nutzung von Geodaten liegenden Potentiale sind riesig - für Gesellschaft, Wissenschaft und Wirtschaft. Weltweit schreitet die Nutzung der Geodaten rasch voran. Deutschland hat dabei eine führende Stellung inne und darf sie nicht verlieren.

Wird der Datenschutz beim Sammeln und Verknüpfen all dieser Informationen ausreichend berücksichtigt?

Quennet-Thielen: Viele Menschen sind zu Recht unsicher, ob und wie ein ausreichender Schutz der personenbezogenen Daten gewährt werden kann. Viele fragen sich: Ist die Privatsphäre bei all dem noch gewahrt? Diesen Befürchtungen müssen wir Rechnung tragen. Darum empfehlen die Fachleute, den Datenschutz zu reformieren, er sollte klarer und einfacher geregelt werden. Wir müssen genau definieren, ob und wann das Persönlichkeitsrecht betroffen ist. Es sollte Schulungen und Leitfäden zum Datenschutz bei Geodaten geben. In der Praxis sollten Selbstverpflichtungen, Anonymisierung und Pseudonymisierung zur Wahrung des Datenschutzes genutzt werden. Die Debatte darüber, wie wir im Lichte neuer Technologien und sich verändernder sozialer Verhaltensweise die Grenzen von privat und Öffentlich bestimmen, hat gerade erst begonnen. Guter Datenschutz muss hier mit einer größeren Nutzerfreundlichkeit einhergehen.

Der Abschlussbericht der Arbeitsgruppe "Georeferenzierung von Daten" ist unter <http://www.ratswd.de/Geodaten/index.php> verfügbar.

<http://www.egovernment-computing.de/standards/articles/359615/>

Wissenschaft empfiehlt bundesweit vernetzte, harmonisierte Geodaten

Empfehlungen, Forderungen und Lösungsansätzen zur wissenschaftlichen Nutzung von Geodaten. Der Rat für Sozial- und Wirtschaftsdaten (RatSWD) hat seinen Abschlussbericht fertiggestellt und an Forschungs- und Innenministerium übergeben. Es gab auch ein Lob an die Politik: Das Bundesgeoreferenzdatengesetz ist auf dem richtigen Weg.

Der RatSWD stellte fest: „Moderne wissenschaftliche Politikberatung kommt ohne Geodaten nicht aus.“ Hierbei gehe es um qualitativ hochwertige und vergleichbare Geodaten in Form von Geobasisdaten und Geofachdaten, die sowohl Grundlage jeden Verwaltungshandeln als auch erklärende (Hintergrund-) Variable in statistischen Berechnungen sind.

Mit ihnen ließen sich raumbezogene Prognosen und Kausalitäten – beispielsweise, zum Ausbau des Bildungswesens, zur Evaluierung von Arbeitsmarktmaßnahmen, zur Nahverkehrs-, Straßen- und Bauleitplanung oder zum Aufbau einer Infrastruktur mit regenerativer Energie – erstellen und Folgen ableiten.

Hohe Kosten und komplizierte Lizenzregeln behinderten aber die wissenschaftlich Nutzung von Geodaten. Hinzu bestünden Unsicherheiten, ob und wie ein ausreichender Schutz der personenbezogenen Daten bei der Georeferenzierung gewährleistet werden könne, machten die Experten aufmerksam..

Anzeige

Mit dem Bericht präsentierte der Rat deshalb einen umfangreichen Forderungskatalog, adressiert an Politik, Wirtschaft und Verwaltung, wie

- die Nutzbarmachung,
- die Verwendbarkeit und
- die Archivierung von Geodaten

– speziell für die Wissenschaft, aber auch für Wirtschaft und Verwaltung – entscheidend verbessert werden soll.

Das von Bundestag und Bundesrat verabschiedete Bundesgeoreferenzdatengesetz gehe dabei in die richtige Richtung, lobten die Experten, indem es auf Bundesebene die Voraussetzungen für eine Harmonisierung von Geodaten und deren Bereitstellung durch das schon länger geltende Geodatenzugangsgesetz schaffe.

Allerdings warnen die Wissenschaftler auch: „Zu dem stetig wachsenden und nicht mehr überschaubaren Bestand an Geodaten muss Transparenz geschaffen werden, um privaten Nutzern, Behörden und Wissenschaftlern offenzulegen, wo welche Geodaten wie verfügbar sind.“

Und sie machen Zeitdruck: Bundesstatistikgesetz und Bundesdatenschutzgesetz sollten zur Verwirklichung der geforderten Verbesserungen noch in dieser Wahlperiode angepasst werden: „Es braucht dringend bundesweite, vernetzte und harmonisierte Lösungen, um die Bedarfe von Wissenschaft und Forschung nach Geodaten zu erfüllen.“

Übergabe des Endberichts der AG „Georeferenzierung von Daten“ des RatSWD an die Bundesregierung

Denis Huschka

Geschäftsstelle

(<http://idw-online.de/de/news471139>)

[Rat für Sozial- und Wirtschaftsdaten \(RatSWD\)](#)

04.04.2012 13:48



⊕ v. l. n. r.: J. Hahlen, C. Rogall-Grothe, C. Quennet-Thielen, G. Wagner

Umfangreicher Endbericht mit Empfehlungen, Forderungen und Lösungsansätzen zur wissenschaftlichen Nutzung von Geodaten an das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) und das Bundesministerium des Innern (BMI) übergeben.

Am Montag, den 02.04.2012, 15:00 Uhr wurde der Endbericht an Frau Staatssekretärin Quennet-Thielen (BMBF) und an Frau Staatssekretärin Rogall-Grothe (BMI), im Beisein mehrerer Mitglieder des RatSWD und der AG „Georeferenzierung von Daten“, übergeben.

Moderne wissenschaftliche Politikberatung kommt ohne Geodaten nicht aus. Hierbei geht es um qualitativ hochwertige und vergleichbare Geodaten in Form von Geobasisdaten und Geofachdaten, die sowohl Grundlage jeden Verwaltungshandeln als auch erklärende (Hintergrund)Variable in statistischen Berechnungen sind, mit denen sich raumbezogene Prognosen und Kausalitäten, z.B. zum Ausbau des Bildungswesens, zur Evaluierung von Arbeitsmarktmaßnahmen, zur Nahverkehrs-, Straßen- und Bauleitplanung oder zum Aufbau einer Infrastruktur mit regenerativer Energie, erstellen und Folgen ableiten lassen. Hohe Kosten und komplizierte Lizenzregeln behindern aber die wissenschaftlich Nutzung von Geodaten. Hinzu kommen Unsicherheiten, ob und wie ein ausreichender Schutz der personenbezogenen Daten bei der Georeferenzierung gewährleistet werden kann.

Mit dem Bericht präsentiert die AG deshalb einen umfangreichen Forderungskatalog, adressiert an Politik, Wirtschaft und Verwaltung, wie die Nutzbarmachung, Verwendbarkeit und Archivierung von Geodaten - speziell für die Wissenschaft, aber auch für Wirtschaft und Verwaltung - entscheidend verbessert werden sollte.

Das soeben von Bundestag und Bundesrat verabschiedete Bundesgeoreferenzdatengesetz geht dabei in die richtige Richtung, in dem es auf Bundesebene die Voraussetzungen für eine Harmonisierung von Geodaten und deren Bereitstellung durch das schon länger geltende Geodatenzugangsgesetz schafft.

Zu dem stetig wachsenden und nicht mehr überschaubaren Bestand an Geodaten muss Transparenz geschaffen werden, um privaten Nutzern, Behörden und Wissenschaftlern offenzulegen, wo welche Geodaten wie verfügbar sind.

Bundesstatistikgesetz und Bundesdatenschutzgesetz sollten zur Verwirklichung der geforderten Verbesserungen noch in dieser Wahlperiode angepasst werden. Es braucht

dringend bundesweite, vernetzte und harmonisierte Lösungen, um die Bedarfe von Wissenschaft und Forschung nach Geodaten zu erfüllen.

(<http://www.juraforum.de/wissenschaft/uebergabe-des-endberichts-der-ag-azgeoreferenzierung-von-datenaoe-des-ratswd-an-die-bundesregierung-394131>)

Umfangreicher Endbericht mit Empfehlungen, Forderungen und Lösungsansätzen zur wissenschaftlichen Nutzung von Geodaten an das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) und das Bundesministerium des Innern (BMI) übergeben.

Am Montag, den 02.04.2012, 15:00 Uhr wurde der Endbericht an Frau Staatssekretärin Quennet-Thielen (BMBF) und an Frau Staatssekretärin Rogall-Grothe (BMI), im Beisein mehrerer Mitglieder des RatSWD und der AG „Georeferenzierung von Daten“, übergeben.

Moderne wissenschaftliche Politikberatung kommt ohne Geodaten nicht aus. Hierbei geht es um qualitativ hochwertige und vergleichbare Geodaten in Form von Geobasisdaten und Geofachdaten, die sowohl Grundlage jeden Verwaltungshandeln als auch erklärende (Hintergrund)Variable in statistischen Berechnungen sind, mit denen sich raumbezogene Prognosen und Kausalitäten, z.B. zum Ausbau des Bildungswesens, zur Evaluierung von Arbeitsmarktmaßnahmen, zur Nahverkehrs-, Straßen- und Bauleitplanung oder zum Aufbau einer Infrastruktur mit regenerativer Energie, erstellen und Folgen ableiten lassen. Hohe Kosten und komplizierte Lizenzregeln behindern aber die wissenschaftlich Nutzung von Geodaten. Hinzu kommen Unsicherheiten, ob und wie ein ausreichender Schutz der personenbezogenen Daten bei der Georeferenzierung gewährleistet werden kann.

Mit dem Bericht präsentiert die AG deshalb einen umfangreichen Forderungskatalog, adressiert an Politik, Wirtschaft und Verwaltung, wie die Nutzbarmachung, Verwendbarkeit und Archivierung von Geodaten - speziell für die Wissenschaft, aber auch für Wirtschaft und Verwaltung - entscheidend verbessert werden sollte.

Das soeben von Bundestag und Bundesrat verabschiedete Bundesgeoreferenzdatengesetz geht dabei in die richtige Richtung, in dem es auf Bundesebene die Voraussetzungen für eine Harmonisierung von Geodaten und deren Bereitstellung durch das schon länger geltende Geodatenzugangsgesetz schafft.

Zu dem stetig wachsenden und nicht mehr überschaubaren Bestand an Geodaten muss Transparenz geschaffen werden, um privaten Nutzern, Behörden und Wissenschaftlern offenzulegen, wo welche Geodaten wie verfügbar sind. Bundesstatistikgesetz und Bundesdatenschutzgesetz sollten zur Verwirklichung der geforderten Verbesserungen noch in dieser Wahlperiode angepasst werden. Es braucht dringend bundesweite, vernetzte und harmonisierte Lösungen, um die Bedarfe von Wissenschaft und Forschung nach Geodaten zu erfüllen.

Weitere Informationen:

- <http://www.ratswd.de/Geodaten/index.php>

Quelle: idw



(http://www.bbsr.bund.de/nr_22710/BBSR/DE/Veroeffentlichungen/Ablage_Meldungen/kompakt1.html)

Georeferenzierung von Daten

BBSR-Berichte KOMPAKT 1/2012

In den empirischen Sozial- und Wirtschaftswissenschaften ist eine weitgehend standardisierte, transdisziplinär nutzbare und qualitätsgesicherte Forschungsdateninfrastruktur noch nicht Realität. Daran arbeiten seit 2004 der von der Bundesregierung eingesetzte Rat für Sozial- und Wirtschaftsdaten (RatSWD) und die von ihm Ende 2010 eingesetzte Arbeitsgemeinschaft "Georeferenzierung von Daten". Deren Empfehlungen, wie raumbezogene Daten künftig besser für die Forschung nutzbar gemacht werden können, sind in dieser Broschüre in einer Kurzfassung abgedruckt. Themen sind außerdem der Stand der Georeferenzierung im BBSR, die rechtlichen Rahmenbedingungen der Nutzung und Weitergabe seiner Datenbestände und dringende Handlungsbedarfe bei der Georeferenzierung von Daten aus BBSR-Sicht.

Bearbeitung: Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung

Ansprechpartner:

Dr. Gabriele Sturm gabriele.sturm@bbr.bund.de, Markus Burgdorf
markus.burgdorf@bbr.bund.de

kostenfrei zu beziehen bei:

gabriele.bohm@bbr.bund.de, Stichwort: BBSR-Berichte KOMPAKT 1/12

ISBN 978-3-87994-622-8

[Download \(pdf/776-KB\)](#)



GeoBusiness

GIW-Kommission



<http://www.geobusiness.org/Geobusiness/Navigation/publikationen,did=476276.html?view=renderPrint>

Endbericht der Arbeitsgruppe "Georeferenzierung von Daten" des RatSWD

Stand: November 2011

Verfügbarkeit: als PDF verfügbar

Die Arbeitsgruppe Georeferenzierung von Daten hält qualitativ hochwertige Geodaten mit vergleichbaren, fachlichen und räumlichen Informationen für wissenschaftliche Arbeiten, besonders im Rahmen der Politikberatung - aber auch für die Grundlagenforschung - vor allem im Bereich der empirischen Sozial-, Wirtschafts-, Verhaltenswissenschaften und der raumwissenschaftlichen Forschung in Deutschland und im internationalen Kontext für unverzichtbar. Die Geschäftsstelle der Kommission für Geoinformationswirtschaft hat in der Arbeitsgruppe "Georeferenzierung von Daten" des Rates für Sozial- und Wirtschaftsdaten (RatSWD) mitgearbeitet. Der Endbericht liegt nun vor.

Der Endbericht steht auf der Webseite des Rates für Sozial- und Wirtschaftsdaten zum Download bereit (siehe Link unter "Weiterführende Informationen").

Weiterführende Informationen

[Zum Endbericht der Arbeitsgruppe "Georeferenzierung von Daten" auf der Webseite www.ratswd.de](http://www.ratswd.de) [→]

© Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie

<http://www.geobusiness.org>

(<http://www.ioer.de/home/>)

Leibniz-Institut für ökologische Raumentwicklung

Wie lassen sich Geodaten besser nutzen? – Arbeitsgruppe mit Experten des IÖR übergibt Abschlussbericht an Bundesministerien

Im Auftrag des Rates für Sozial- und Wirtschaftsdaten hat eine interdisziplinäre Arbeitsgruppe untersucht, wie sich Daten mit Ortsbezug, so genannte georeferenzierte Daten mit Statistikdaten verknüpft künftig besser von Wissenschaft, Politik und Verwaltung nutzen lassen. Das Raumwissenschaftliche Netzwerk (5R) der Leibniz-Gemeinschaft war durch Prof. Bernhard Müller und Dr. Gotthard Meinel vom Leibniz-Institut für ökologische Raumentwicklung (IÖR) vertreten.

Raumwissenschaft und Raumplanung mangelt es an kleinräumigen Informationen zur Einwohner-, Wohnungs-, Gebäude- und Arbeitsplatzverteilung. Für eine nachhaltige Raumentwicklung sind diese Informationen unentbehrlich, denn sie könnten helfen, Fehlinvestitionen bei der Entwicklung von Städten und Gemeinden zu vermeiden.

Eine vom Bundesministerium für Bildung und Forschung eingesetzte Arbeitsgruppe "Georeferenzierung von Daten" unter Beteiligung des IÖR hat nun untersucht, wie Defizite und Schwachstellen georeferenzierter Daten beseitigt werden können. Dazu wurde eine Bestandsaufnahme der in Deutschland von unterschiedlichen öffentlichen und privaten Stellen erhobenen Daten vorgenommen und 14 Empfehlungen an die Adresse der Bundesregierung formuliert. Der Abschlussbericht wurde am 2. April den Staatsekretärinnen des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) und des Bundesministeriums des Innern (BMI) überreicht. Einige der Empfehlungen wie die Einrichtung eines neuen Internetportals (www.geoportal.de) werden bereits umgesetzt.

Weitere Informationen gibt die [Pressemitteilung des BMBF](#).



<http://www1.gfa-news.de/gfa/news/news.nsf/web/960F441A7112DA7AC1257990005755B2>

25.01.2012

Endbericht zur Georeferenzierung von Daten vorgelegt Die Arbeitsgruppe „Georeferenzierung von Daten“ des Rats für Sozial- und Wirtschaftsdaten (RatSWD) hat Ende 2011 einen entscheidungsorientierten Bericht mit praktischen Vorschlägen zur Entwicklung und Nutzung der Geodatenlandschaft, insbesondere für die Wissenschaft, aber auch allgemein, vorgelegt. [Arbeitsgruppe "Georeferenzierung von Daten" Endbericht der Arbeitsgruppe "Georeferenzierung von Daten"](#)

([http://www.vdv-online.de/aktuelles/nachrichtenarchiv/detailansicht/ef6b94ea3b836c563db5be7646f32771.htm?tx_ttnews\[tt_news\]=5397](http://www.vdv-online.de/aktuelles/nachrichtenarchiv/detailansicht/ef6b94ea3b836c563db5be7646f32771.htm?tx_ttnews[tt_news]=5397))

Die Arbeitsgruppe "Georeferenzierung von Daten" des Rates für Sozial- und Wirtschaftsdaten (RatSWD), an der sich mehrere Mitglieder des DDGI aktiv beteiligten, hat Ihren [Endbericht](#) veröffentlicht und am 23. Januar auf der Internetseite des RatSWD online gestellt.

In diesem Bericht wird die Nutzung von Geodaten in Deutschland analysiert. Die Probleme und Defizite bei der Georeferenzierung von Daten und deren Nutzung werden untersucht. Des Weiteren werden die Anforderungen von Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung an Geodaten aufgezeigt. Auf den letzten Seiten finden Sie umfassende Lösungsansätze und Vorschläge die bestehenden Probleme bei der Nutzung von Geodaten zu bewältigen. Vor diesem Hintergrund empfiehlt die AG beispielsweise die kostenfreie Bereitstellung von Geodaten für Forschungs- und Lehrzwecke.

Hintergrund: Die Arbeitsgruppe "Georeferenzierung von Daten" geht zurück auf eine Empfehlung des Wissenschaftsrates vom November 2009 zur weiteren Arbeit des Rat für Sozial- und Wirtschaftsdaten (RatSWD), welcher dann Ende 2010 die Arbeitsgruppe einsetzte. In der AG sollte ein Kreis von Fachleuten aus ganz unterschiedlichen Bereichen die Lage der Georeferenzierung in Deutschland sowie die Bedarfe und Entwicklungsmöglichkeiten analysieren und gegebenenfalls Wünsche und Forderungen an die Politik / den Gesetzgeber formulieren.

Links:

www.ratswd.de/Geodaten/

(<http://www.geobranchen.de/index.php?option=content&task=view&id=5080>)

Die Arbeitsgruppe "Georeferenzierung von Daten" des Rates für Sozial- und Wirtschaftsdaten (RatSWD) hat Ihren Endbericht veröffentlicht

Mittwoch, 25 Januar 2012

Die Arbeitsgruppe "Georeferenzierung von Daten" des Rates für Sozial- und Wirtschaftsdaten (RatSWD) hat Ihren Endbericht veröffentlicht und auf der Internetseite des RatSWD online gestellt. In diesem Bericht wird die Nutzung von Geodaten in Deutschland analysiert und es werden die Probleme und Defizite bei der Georeferenzierung von Daten und deren Nutzung untersucht. Die Arbeitsgruppe "Georeferenzierung von Daten" des Rates für Sozial- und Wirtschaftsdaten (RatSWD) hat Ihren Endbericht veröffentlicht und auf der Internetseite des RatSWD online gestellt. In diesem Bericht wird die Nutzung von Geodaten in Deutschland analysiert und es werden die Probleme und Defizite bei der Georeferenzierung von Daten und deren Nutzung untersucht.

In dem 76 Seiten umfassenden Bericht werden umfassende Lösungsansätze und Vorschläge vorgestellt, um die bestehenden Probleme bei der Nutzung von Geodaten zu bewältigen.

Den vollständigen Bericht und weitere Informationen finden Sie unter:

http://ratswd.de/Geodaten/downloads/RatSWD_Endbericht_Geo-AG.pdf

<http://www.ratswd.de/Geodaten/index.php>